

Protokoll:	Sozial- und Gesundheits- ausschuss des Gemein- rats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	100
		TOP:	12
Verhandlung		Drucksache:	295/2018
		GZ:	JB
Sitzungstermin:	23.07.2018		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Wölfle		
Berichterstattung:	-		
Protokollführung:	Herr Krasovskij / fr		
Betreff:	AG Kinder-Stadtranderholung - Sachbericht zum Betriebszuschuss 2017		

Vorgang: Jugendhilfeausschuss vom 16.07.2018, öffentlich, Nr. 96

Ergebnis: Kenntnisnahme

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Jugend und Bildung vom 18.06.2018, GRDRs 295/2018.

Bezugnehmend auf die Vorlage sowie einen Zeitungsartikel aus der Stuttgarter Zeitung vom 16.7.2018 mit dem Titel "Waldheime: Die Konkurrenz wächst" macht StR Dr. Reiners (CDU) darauf aufmerksam, dass die Zahl der Kinder, die 2017 ihre Sommerferien in den Stuttgarter Waldheimen verbrachten gegenüber dem Vorjahr abermals gesunken sei. Zudem müssten sich die Waldheime zunehmend gegen eine wachsende Anzahl anderer Ferienangebote behaupten. Dazu gehöre auch, dass die Ganztageschulen mittlerweile lediglich an 23 Tagen geschlossen seien, ansonsten aber auch in den Sommerferien die gewohnte Betreuung anbieten würden. Diese Entwicklungen müsse man beobachten und unter Umständen gewisse konzeptionelle Veränderungen vornehmen, damit die Waldheime nicht weiter an Attraktivität einbüßen, so der Stadtrat, der im Weiteren die grundsätzliche Idee der Waldheime begrüßt. Er halte es für wichtig, dass die Kinder in den Ferien nicht weiter in der Schule betreut würden, sondern ihre Zeit an der frischen Luft verbringen. Diese Meinung teilt auch StRin Gröger (SPD).

Positiv äußert sich StR Dr. Reiners zu den in der Vorlage dargestellten Überlegungen, die Gebäude der Waldheime künftig ganzjährig zu nutzen, um auch einen wirtschaftlichen Betrieb außerhalb der Sommerzeit zu erreichen. Er möchte wissen, ob es hier bereits ein konkretes Konzept zur Umsetzung bzw. schon örtliche Lösungen gebe. Zudem spricht der Stadtrat, die genannten Hürden und Herausforderungen für die Waldheimküchen an und fragt, wie man vor diesem Hintergrund auch künftig eine gesunde und ausgewogene Verpflegung der Kinder während der Waldheimferien sicherstellen wolle.

Ferner merkt der Stadtrat an, dass die Betreuungsarbeit in den Ferienwaldheimen fast ausschließlich durch ehrenamtliche Jugendliche geleistet werde. Deren Engagement ende aber meist nach dem Schulabschluss. Hier brauche es ebenfalls konzeptionelle Überlegungen, um ergänzend zu den vielen jungen Mitarbeitenden wieder verstärkt lebens- und waldheimerfahrene Betreuende für eine Mitarbeit zu gewinnen.

Abschließend spricht der Stadtrat den Werbe- und Informationsflyer für die Waldheimferien an. Dieser biete zahlreiche Informationen - auch in anderen Sprachen. Nach Ansicht der CDU-Gemeinderatsfraktion sollte hier auch im Sinne des integrativen Gedankens künftig wieder ein größeres Augenmerk auf die deutsche Sprache gelegt werden.

StRin Gröger bedauert in ihrer Wortmeldung ebenfalls den Rückgang der Kinderzahlen in den Ferienwaldheimen. Die Stadträtin ist der Auffassung, dass das Angebot vor allem auch in den Grundschulen stärker beworben werden müsse und es eine bessere Zusammenarbeit der Träger mit den Schulen brauche. Ansonsten blieben die Waldheime gerade bei vielen Familien mit Migrationshintergrund meist unbekannt.

Im Folgenden erkundigt sich die Stadträtin, in wie weit die einzelnen Freizeiten im Jahr 2017 auch für Kinder mit Handicaps geeignet gewesen seien. Sie bittet, dies künftig im Bericht mit aufzuführen. Man müsse gewährleisten, dass auch Kinder mit Behinderungen oder Beeinträchtigungen gleichermaßen an den Waldheimferien teilnehmen können. Herr Kolb (JugendA) verspricht die Bitte der Stadträtin weiter zu geben.

BM Wölfle bittet um Verständnis, dass unter Umständen nicht alle gestellten Fragen heute beantwortet werden können, da sie inhaltlicher und konzeptioneller Art sind und vor allem die Träger betreffen, Herr Kolb, der heute als Sachverständiger anwesend ist, aber nur für die Förderung der Träger zuständig ist. Er bittet die Stadträte darum, unbeantwortete Fragen erneut in einer Sitzung des Jugendhilfeausschusses zu stellen, wenn die Träger anwesend sind.

Anschließend erklärt Herr Kolb, die aktuellen Entwicklungen (Rückgang der Kinderzahlen, Konkurrenzunahme und Ganztagesschulbetreuung) würden auch in der Arbeitsgemeinschaft der Träger wahrgenommen. Es würden bereits Überlegungen angestellt, wie dem begegnet werden kann und wie man die Kooperation mit den Schulen künftig nochmal verstärken könne.

Danach stellt BM Wölfle fest:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss hat von der GR Drs 295/2017 Kenntnis
genommen.

Zur Beurkundung

Krasovskij / fr

Verteiler:

- I. Referat JB
zur Weiterbehandlung
Jugendamt (2)
Schulverwaltungsamt (2)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. OB-KB
 3. Referat SI
Sozialamt (2)
 4. Stadtkämmerei (2)
 5. Rechnungsprüfungsamt
 6. L/OB-K
 7. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. Gruppierung FDP
 7. Gruppierung BZS23
 8. Die STAdTISTEN
 9. AfD
 10. LKR